

MÜHLENKREIS

KURIER

zwischen Weser und Spree



Liebe Leserinnen und Leser,

die Osterfeiertage stehen vor der Tür und in wenigen Tagen stellen wir die Uhren wieder auf Sommerzeit um.

Somit ist das erste Viertel des Jahres 2024 bereits Vergangenheit.

Die politische Debatte dominieren aber weiterhin Themen aus 2023: So hat die Bundesregierung sich bis heute nicht auf die Bezahlkarte einigen können und auch unsere Landwirte warten geduldig auf angekündigte Entlastungen.

Während sich Ampel und Bundesregierung weiterhin im Dauerstreit befinden, wünsche ich Ihnen für die vor uns liegenden Osterfeiertage Frieden und Harmonie, sowie die zentrale Botschaft des Osterfestes: Neue, positive Perspektiven – für Sie persönlich und für unser Land.

Ihr Oliver Vogt

„Die Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) muss jetzt dringend eingeführt werden.“

Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber zu schaffen.

So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden.

Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen.

Diese dringend notwendigen Änderungen im AsylbLG wollte die Bundesregierung

zeitnah auf den Weg bringen.

Den mehr als wortreichen Ankündigungen des Bundeskanzlers zur Einführung der Bezahlkarte folgt jetzt der politische Stillstand: Die grüne Bundestagsfraktion verweigert ihrer eigenen Koalition die Gefolgschaft. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, haben wir nun einen eigenen [Gesetzesentwurf](#) für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vorgelegt.

Es liegt nun an den Vertretern der Ampelkoalition diesem Entwurf im Innenausschuss zuzustimmen.

Mit den Pionieren über die Elbe

Ich habe mich besonders gefreut, unsere Mindener Pioniere während der militärischen Übung „Wettiner Schwert 2024“ in Kietz an der Elbe einen Tag begleiten zu dürfen. Neben intensiven Gesprächen mit dem Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Florian Loges, und seinen Soldaten hatte ich die Gelegenheit, mich mit dem gleichzeitig anwesenden Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, über bundeswehrspezifische Themen auszutauschen.



Die Übung findet einmal jährlich in Sachsen-Anhalt statt. Sie ist Teil der bundeswehrgemeinsamen Übungsreihe „Quadriga 2024“. Geübt wird auf dem Truppenübungsplatz Kietz der Gewässerübergang eines Gefechtsverbandes mit anschließendem Marsch und Gefechtsübung im Gefechtsübungszentrum Gardelegen. Ziel ist es, gemeinsam mit Soldaten und Soldatinnen von Partnerstreitkräften den Ausbildungsstandard und die Einsatzbereitschaft zu erhalten.

Das Zusammenwirken der einzelnen Kräfte war hochprofessionell und zeugte von der hohen Leistungsfähigkeit unserer Bundeswehr

Wir brauchen mehr Fusionsforschung in Deutschland

Die öffentliche Debatte um die Energieversorgung der Zukunft ist seit geraumer Zeit geprägt vom Ausschließen von Energiequellen.

Wer aussteigt, muss jedoch auch kraftvoll in Neues einsteigen können. Als Hochtechnologiestandort ist Deutschland auf eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Die Fusionsenergie kann mittel- und langfristig zu einem Gamechanger werden. Die Bundesrepublik Deutschland betreibt seit Jahrzehnten intensive Grundlagenforschung im Bereich der Plasmaphysik und Fusion.

Zuletzt haben die rasanten internationalen wissenschaftlichen Fortschritte u.a. dazu geführt, dass mehrere kommerzielle Unternehmen auch in Deutschland gegründet wurden.

Wir brauchen jetzt daher ein klares Bekenntnis zur Fusionsenergie. In zwei Anträgen zur [Forschung](#) und zum [Rechtsrahmen](#) der Fusionsenergie haben wir daher dieses Bekenntnis von der Bundesregierung eingefordert.



Den Führerschein bezahlbar halten

Mit unserem Antrag [„Damit Mobilität nicht zum Luxus wird – Für einen bezahlbaren Autoführerschein“](#) setzen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Reform der Fahrschulausbildung und Prüfungsverfahren ein. Wir wollen, dass Mobilität insbesondere für junge Menschen im ländlichen Raum erschwinglich bleibt. Die Kosten für den Führerscheinwerb sind in den letzten Jahren stark gestiegen, und die Wartezeiten für Prüfungen haben sich verlängert. Das erschwert den Zugang zur Mobilität. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Ausbildung von Fahrlehrern zu Fahrprüfern zu erleichtern, mehr Prüftermine zu ermöglichen und die Fahrschüler-Ausbildungsordnung zu flexibilisieren. Zudem soll das Antragsverfahren für Führerscheine digitalisiert und die Integration von Fahrsimulatoren in die Ausbildung ermöglicht werden. Ziel ist es, die Kosten zu senken, die Bürokratie zu reduzieren und die Ausbildungsqualität zu sichern. So fördern wir die individuelle Mobilität und erhöhen gleichzeitig die Verkehrssicherheit.

„Es kommt auf uns an“

Welche Rolle spielt Deutschland für die Sicherheit Europas? Dieser Frage versuchte mein Bundestagskollege Dr. Norbert Röttgen MdB beim ersten Mühlenkreisgespräch 2024 in der gut gefüllten Aula der Freien Evangelischen Schule in Minden auf den Grund zu gehen. Dr. Norbert Röttgen sprach in seinem gut 45-minütigem Vortrag von einer völlig neuen historischen Situation und gleichzeitig vom Ende der längsten Friedens-Epoche in der Europäischen Union.



Das führt er auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zurück. Auch der Krieg im Nahen Osten stellt für Europa und gerade auch für Deutschland ein enormes Risiko dar. „Das ist die Welt, in der wir leben“ gibt der Außenpolitiker zu bedenken. Natürlich ging Dr. Norbert Röttgen in seinem Vortrag auch mit der Bundesregierung und dort vor allem mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) hart ins Gericht, deutlich bestimmter gehen seine Erklärungen aber in Richtung des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Planungssicherheit durch Politik fehlt !

Die Landwirtschaft steht vor großen Veränderungen, davon sind Agrarbetriebswirt Christian Franke und seine Partnerin Jennifer Morais überzeugt. Um über die aktuellen Herausforderungen und die notwendige Transformation in der Landwirtschaft zu diskutieren, habe ich die beiden auf ihrem Hof besucht.

Christian Franke strebt bis 2030 an, seine Tierhaltung auf die höchste Haltungsstufe 4 zu bringen, vermisst jedoch Planungssicherheit durch die Politik, insbesondere in Bezug auf Investitionen von über einer Million Euro.

Ein weiteres Problem, mit dem der Landwirt konfrontiert ist, ist die zunehmende Bürokratie, was auch ich als sehr besorgniserregend ansehe. Ich fordere immer wieder, dass die Politik dringend handeln muss, indem sie Vorschriften verschlankt, Prozesse beschleunigt und die Eigenverantwortung der Landwirte stärkt. Der Besuch bei Christian Franke hat mir gezeigt, dass Landwirte bereit sind Veränderungen anzunehmen, dabei aber die Unterstützung der Politik benötigen.



Bundespräsident zu Gast in Espelkamp

Ich habe mich sehr gefreut, dass Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier den Mühlenkreis im Zuge seiner „Ortszeit Deutschland“ und des 75. Stadtjubiläums der Stadt Espelkamp besucht hat. Er begann seinen Besuch mit einem Empfang am Bahnhof und einem anschließenden Besuch im anliegenden Jugendzentrum „Real Life“, um mit Jugendlichen und Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen.



Nach einem Spaziergang durch die Stadt und einem Besuch auf dem Wochenmarkt folgte der Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Espelkamp. Am Abend bot sich mir bei einer Sonderausstellung zu Flüchtlingsstädten, die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch mit dem Bundespräsidenten, der sich als gebürtiger Lipper in Ostwestfalen wie zu Hause fühlte.

Bürgersprechstunden:

- 17. April um 16:00 Uhr in Minden
- 02. Mai um 16:00 Uhr in Rahden
- 28. Mai um 16:00 Uhr in Hille
- 18. Juni um 16:00 Uhr in Preußisch Oldendorf